

## Bürgerhaushalt II: Ist der Schwung dahin?

Als der erste Statusbericht zum Bürgerhaushalt ([www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org)) 2008 erschien, waren lediglich 67 Kommunen verzeichnet, die sich in irgendeiner Weise mit diesem Verfahren befassten. Mit jedem Statusbericht stieg diese Zahl, bis sie 2015 die Marke von 300 Kommunen überschritt. Doch das bedeutet nicht, dass Bürgerhaushalte, wenn auch langsam, zunehmend Verbreitung in Deutschland finden. Denn in dieser Übersicht werden auch Kommunen erfasst, die einen Bürgerhaushalt lediglich diskutieren oder sogar wieder beendet haben. Das waren 2015 180 und damit mehr als die Hälfte der im Statusbericht aufgeführten Kommunen. Die eigentlich aussagekräftigste Zahl enthält jene Kommunen, die einen Bürgerhaushalt über einen längeren Zeitraum durchführen (F), zumindest aber seit ein oder zwei Jahren eingeführt haben (E). Der Statusbericht definiert diese Kommunen (E und F) wie folgt:

*„Der Bürgerhaushalt wird zum ersten oder zweiten Mal durchgeführt. Die Öffentlichkeit wird nicht nur über den Haushalt informiert (z.B. durch eine Broschüre), sondern auch konsultiert: Sie hat die Möglichkeit, Verwaltungsvorschläge zu bewerten und/oder eigene Vorschläge einzubringen, zu diskutieren und zu bewerten. Darüber hinaus ist eine Rückmeldung darüber vorgesehen (Rechenschaft), ob und wie die Bürgervorschläge berücksichtigt wurden. Der Status E kann nur vergeben werden, sofern der letzte durchgeführte Bürgerhaushalt nicht länger als zwei Jahre (max. 06.02.2013) zurückliegt.“*

*„Der Bürgerhaushalt wird zum dritten Mal oder häufiger durchgeführt. Es zeichnet sich (erst jetzt) ab, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein fester und dauerhafter Bestandteil des Haushaltsplanungsverfahrens werden könnte/wird. Der Status F kann nur vergeben werden, sofern der letzte durchgeführte Bürgerhaushalt nicht länger als zwei Jahre zurückliegt.“* Statusbericht 2015, S.5

Statusbericht	Erfasste Kommunen	Einführung (E)	Fortführung (F)
2008	67	23	10
2009	115	30	8
2010	140	34	11
2011	207	55	10
2012	237	70	21
2013	274	70	26
2014	262	44	43
2015	301	30	41

Quelle: [www.Buergerhaushalt.org](http://www.Buergerhaushalt.org)

Seither sind keine weiteren Statusberichte mehr erschienen; das lässt vermuten, dass sich eine nennenswerte Fortentwicklung nicht ergeben hat. Die Gründe für die Zurückhaltung der großen Mehrzahl der Kommunen sind vielfältig. Im Wesentlichen sind es die beachtlichen Aufwendungen, die mit dem Projekt ‚Bürgerhaushalt‘ verknüpft sind. Ein weiteres Argument ist die relativ geringe Resonanz, die das Projekt in der Bürgerschaft oft findet. Das war der Auslöser für das Ende

des Bürgerhaushalts in Frankfurt, er landete – wie es in der Plattform [www.bürgerhaushalt.org](http://www.bürgerhaushalt.org). bezeichnet wird, auf dem Abstellgleis. Dabei wird bisweilen auch darauf verwiesen, dass sich die Beteiligung auf einige Bevölkerungsgruppen konzentriert, während andere überhaupt nicht erreicht werden. Kritisch gesehen wird auch der Umstand, dass der Bürgerhaushalt mehr verspricht, als er einlösen kann. Denn in vielen Kommunen regiert der Rotstift – und für einen Bürger'spar'haushalt ist es noch schwieriger, die Bereitschaft zum Mitmachen zu wecken. Nicht immer offen ausgesprochen steht aber auch die Befürchtung im Raum, der Rat könne an Bedeutung verlieren, da seine Entscheidungen durch die Voten der Bürgerinnen und Bürger zumindest beeinflusst werden.

Manche Kommunen haben den etwas irreführenden Begriff des Bürgerhaushalts verlassen und sprechen – wie die Stadt Bonn – von einem ‚Bürgerdialog‘ zum Haushalt. In anderen Kommunen ist der Bürgerhaushalt eingebettet in ein Bündel von Beteiligungsmöglichkeiten. So konnten/können die Bürgerinnen und Bürger in Trier unter der Rubrik [www.trier-mitgestalten.de](http://www.trier-mitgestalten.de) auch den Zustand von Zebrastreifen kommentieren oder Vorschläge zum Beitrag der Stadt zur Entwicklungspolitik machen. Um Barrieren bei der Beteiligung zu überwinden gibt es schließlich die Idee einer aufsuchenden Form der Beteiligung, eine Art ‚Politik am Küchentisch‘. Das jedenfalls versucht die von ‚Pulse of Europe‘ initiierte Bewegung zur Gründung sog. ‚Hausparlamente‘. Das könnte im Kleinen eine gute Ergänzung herkömmlicher Beteiligungselemente sein.



Oktober 2018